

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Wie haben sich die Übergriffe auf Rettungspersonal, Polizei, Justiz, Bedienstete in der öffentlichen Verwaltung im Land Bremen entwickelt?

Es gehört mittlerweile zum traurigen Berufsalltag der Rettungskräfte, Polizisten und Mitarbeitenden der Justiz, dass sie bepöbelt, beleidigt und verbal attackiert werden. Doch auch körperliche Angriffe sind mittlerweile erschreckende Realität in ihrem Arbeitsleben. Das Spektrum an Situationen, in welchen es zunehmend zu Gewalt u.a. gegen Einsatzkräfte kommen kann, ist dabei sehr vielfältig: Sei es das fehlende Verständnis für erforderliche Absperrungen, falsch verstandene Solidarität mit Beschuldigten oder stark alkoholisierte Personen, die gar nicht mehr erkennen, dass Rettungskräfte nur helfen wollen. Zu allem Überfluss gibt es zudem immer mehr „erlebnisorientierte“ Menschen (Polizeijargon für gewaltbereite Jugendliche), die ohne erkennbaren Anlass mit Steinen und Flaschen auf Einsatzkräfte werfen oder auch Schaulustige, für die es das Größte ist, einen Einsatz an einem Unfallort zu beobachten, teils auf dem eigenen Mobiltelefon zu dokumentieren und dabei billigend in Kauf nehmen, dass Menschen ihr Leben verlieren, weil sie damit die eigentlichen Maßnahmen behindern.

Laut polizeilicher Kriminalstatistik in Bremen sind bspw. die Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich angestiegen. Und auch die Dunkelziffer im Bereich der Gewalt gegen Einsatzkräfte dürfte sehr hoch sein, da mittlerweile eine Vielzahl der Einsatzkräfte verbale oder nonverbale Übergriffe auf ihre Person selbst dann nicht mehr melden, wenn sie Opfer körperlicher Gewalt wurden. Dabei sagen eine Vielzahl der Betroffenen aus, dass sie in Folge eines Übergriffes psychische Beeinträchtigungen oder auch körperliche Schäden erlitten hätten. Es gibt daher auch immer wieder die Diskussion, ob und wie man die Einsatzkräfte besser schützen könnte z.B. durch Schutzwesten, Reizstoffsprühgeräte (Pfefferspray/CS-Gas) oder Elektroimpulswaffen.

Mittlerweile sind aber nicht nur die Einsatzkräfte vor Ort Ziel der Attacken, sondern auch die Beschäftigten in den Gerichten, Verwaltungsbehörden und Justizvollzugsanstalten. Mit Hilfe dieser Anfrage will die CDU-Bürgerschaftsfraktion in Erfahrung bringen, wie groß die Zahl der Übergriffe tatsächlich ist und welche Maßnahmen gegen die vermeintlich zunehmende Gewalt aus Sicht des Senats sinnvoll wären.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich die Anzahl der Übergriffe in den letzten fünf Jahren entwickelt auf
 - a) das Rettungspersonal;
 - b) die Polizei;
 - c) Justizvollzugsbedienstete;
 - d) Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen;
 - e) Richterinnen und Richter, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen;
 - f) das Personal beim Ordnungsamt;
 - g) das Personal bei den Bürgerämtern und Stellen der öffentlichen Verwaltung
 - h) (bitte sämtliche Ergebnisse getrennt für Bremen und Bremerhaven angeben)?
2. Welche Art von Angriffen ist dabei vorherrschend (körperlich, verbal, einsatzbehindernd etc.)?
3. Welche Gründe sieht der Senat für die steigenden Zahlen insbesondere bei den Übergriffen im Bereich des Rettungspersonals und der Polizei?
4. Wie viele der unter 1. genannten Angriffe aus dem genannten Zeitraum wurden zur Anzeige gebracht?
 - a) Wie erklärt der Senat sich die ggf. die fehlende Bereitschaft der Angegriffenen das Erlebte anzuzeigen?
 - b) Wie will der Senat die Betroffenen dahingehend sensibilisieren die Straftaten tatsächlich zur Anzeige zu bringen?
5. Welche Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Straftaten wurden in diesem Zusammenhang in den vergangenen fünf Jahren im Land Bremen (bitte getrennt für Bremen und Bremerhaven angeben) eingeleitet und wie sind diese ausgegangen (Einstellung, Freispruch, Verurteilung zur Bewährung, Haftstrafe etc.)?
6. Wie viele Personen wurden bei den körperlichen Angriffen verletzt und welche Art der Verletzungen sind entstanden? In wie vielen der Fälle kam es aufgrund der Übergriffe zu daraus folgenden Krankschreibungen und für wie lange?
7. Welche (Langzeit)-Folgen hatten die Übergriffe auf die betroffenen Personen? Inwieweit gab es nach Kenntnis des Senats personelle Abgänge aufgrund der Übergriffe und damit einhergehende Spätfolgen (seelisch, körperlich etc.)?
8. Welche Erkenntnisse hat der Senat hinsichtlich der Täter in Bezug auf deren Alter, das Geschlecht und deren Herkunft?
 - a) Inwiefern konnten vermehrt alkoholisierte oder unter Drogeneinfluss stehende Täter und Täterinnen in diesem Zusammenhang festgestellt werden?
 - b) Inwieweit kommt es bei Übergriffen auf die unter 1. genannten Gruppen eher zu Einzel- oder Gruppentaten?
9. Inwieweit kam es in den letzten fünf Jahren vermehrt zur Ansammlung von Schaulustigen bei Einsätzen der Polizei, Rettungskräfte etc. bspw. bei Verkehrsunfällen

oder bei Ertrinkenden an Badeseen und inwieweit werden in dem Zusammenhang vermehrt Übergriffe festgestellt?

10. Welche Verbesserungen haben sich nach Einschätzung des Senats aufgrund der Strafverschärfung im StGB für Angriffe auf Polizisten, Vollstreckungsbeamte, Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft, Rettungskräfte und Feuerwehrleute ergeben? In wie vielen Fällen kam es seither in diesem Zusammenhang zur Verurteilung zur Höchststrafe von fünf Jahren?
11. Inwiefern entstehen nach Einschätzung des Senats Nachwuchsprobleme bei den oben genannten Institutionen aufgrund der steigenden Anzahl von Übergriffen?
12. Im Rahmen der letzten Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drs.19/1900) wurde nach besserem Schutz für Rettungskräfte gefragt, der zu diesem Zeitpunkt als nicht notwendig erachtet wurde, welche neuerlichen Überlegungen haben sich seither seitens des Senats ergeben?
13. Inwieweit kommt es mittlerweile für den Senat in Betracht besseren Schutz für die genannten Institutionen zu gewährleisten, wie beispielsweise durch Anschaffung von Schutzwesten, Reizstoffsprüngeräte (Pfefferspray/CS-Gas) oder Elektroimpuls Waffen?
14. Inwieweit werden Deeskalationstrainings, Aufklärungs- bzw. Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der möglichen Angriffe in all den unter 1. abgefragten Berufsgruppen angeboten, wie werden diese angenommen und wo sieht der Senat noch Verbesserungsbedarf?

Christine Schnittker, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU